

Stand: 07.12.2025 07:12:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/29508

"Kosten-Explosion im Gesundheitssystem entschieden entgegenwirken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/29508 vom 21.06.2023
2. Beschluss des Plenums 18/29580 vom 22.06.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 148 vom 22.06.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Kosten-Explosion im Gesundheitssystem entschieden entgegenwirken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen,

1. dass die geplanten Zusatzbeiträge ab 2024 für die Krankenkassen nicht umgesetzt werden,
2. dass ein für die Zukunft beabsichtigter Reformplan im Gesundheitssystem, mit einer Selbstbeteiligung im Behandlungsplan von mindestens 800 Euro, nicht zum Tragen kommt.

Der Landtag stellt fest, dass die Pläne des Bundesgesundheitsministers Prof. Dr. Karl Lauterbach die bayerischen Bürger und die Wirtschaft übermäßig belasten würden und daher strikt abzulehnen sind.

Begründung:

Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach hat eine Anhebung der Krankenkassenbeiträge angekündigt, um die Finanzierungslücke der gesetzlichen Krankenkassen zu schließen. „Um eine Beitragsexplosion zu verhindern, schlägt der Finanzexperte Bernd Raffelhüschen einen radikalen Reformplan vor“¹. Durch die Coronakrise wurden die negativen Bilanzen der Krankenkassen weiter verstärkt. Die Ausgaben pro Versicherten sind im vergangenen Jahr stark gestiegen, Beispiele sind Long-COVID, Impfschäden und Herzerkrankungen.

Millionen Bürger müssen sich auf höhere Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung einstellen. Das heißt, ab Januar wird auf vielen Gehaltsabrechnungen ein geringeres Nettoeinkommen geben.

Da die Finanzlücken nicht von unserem Bürger verursacht wurden, sondern durch das Fehlverhalten der Politik und damit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV), die ohne jegliche Prüfung die Steuergelder von unseren Bürgern dafür verschwendeten. Währenddessen sind immer weniger aktive Beitragszahler, die monatlich in die KV einzahlen. Gleichzeitig wurden immer mehr Leistungsbezieher aus der ganzen Welt in unsere gesetzlichen Versicherungen aufgenommen.

Die Krankenkassen reden von Erhöhung, um die Finanzierungslücke der gesetzlichen Krankenkassen zu schließen. Die Bürger aus Bayern werden dafür bestraft, was die KV vermasselt hat. Laut Aussage Stefan Etgeton, Experte für Gesundheitspolitik bei der Bertelsmann-Stiftung, war die finanzielle Entwicklung der gesetzlichen Krankenkassen schon lange absehbar.²

¹ news.de, Raffelhüschen 16.06.2023

² tagesschau.de, Gather, Dietz vom 28.12.2020



**Beschluss
des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl, Jan Schiffers und Fraktion (AfD)

Drs. 18/29508

Kosten-Explosion im Gesundheitssystem entschieden entgegenwirken

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Andreas Winhart

Abg. Bernhard Seidenath

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Christina Haubrich

Abg. Susann Enders

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Kosten-Explosion im Gesundheitssystem entschieden entgegenwirken
(Drs. 18/29508)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Andreas Winhart von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen heute leider einen kleinen Ausflug in die Bundespolitik machen und die Staatsregierung auffordern, hier entsprechend tätig zu werden. Wir kennen die Kritik, die aus der Staatsregierung hier bereits geäußert wurde; wir wollen hier heute aber gesammelt über den Bayerischen Landtag noch mal was nachschieben; denn durch die Ampelkoalition droht der soziale Kahlschlag.

Meine Damen und Herren, wir haben die Situation, dass Bayerns Bürger mal wieder geschröpfzt werden sollen. Die Leistungen, die Bayerns Bürger aus der Krankenversicherung zurückbekommen, werden vermutlich in den nächsten Jahren deutlich schlechter. Wir können es Bayerns Bürgern nicht antun, dass Herr Lauterbach mit diesen Plänen durchkommt. Wir haben daher einen Antrag geschrieben, um der Kostenexplosion im Gesundheitssystem entschieden entgegenzuwirken, vor allem wenn es darum geht, den Geldbeutel unserer Bürgerinnen und Bürger zu schonen.

Wir wollen, dass die in Berlin für die Jahre 2024 ff. geplanten Zusatzbeiträge von mindestens 0,2 % bzw. 0,4 % mehr, die nur für die Bürgerinnen und Bürger, logischerweise nicht für den Arbeitgeber anfallen, wegkommen und ersatzlos gestrichen werden. Dann wollen wir, dass man von diesen sehr sinnbefreiten Selbstbeteiligungsplänen von rund 800 Euro für einen Arztbesuch Abstand nimmt. Ich weiß gar nicht, wie man

auf eine solche Idee kommt. Wenn Sie eine Autoversicherung haben, können Sie vielleicht wählen, ob Sie 150 oder 300 Euro Selbstbeteiligung haben wollen. Bei der gesetzlichen Versicherung, bei der Sie gar nicht auskommen, soll es jetzt deutlich mehr sein. Da sieht man, dass Herr Lauterbach seinen Finanzhaushalt nicht im Griff hat. Man versteht voll und ganz, dass der Herr Lindner hier auch nicht mehr zuzahlen will.

Meine Damen und Herren, der will sich das auch nicht ans Bein binden; aber es darf nicht passieren, dass Bayerns Bürger hier die Zeche zahlen. Wir haben eine wirtschaftlich sehr leistungsstarke Bevölkerung. Von daher kann es nicht sein, dass Bayern hier besonders getroffen, geschröpfpt wird.

Das Letzte ist, dass man diese Pläne des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach den bayerischen Bürgern und auch der Wirtschaft in Bayern grundsätzlich nicht antun kann. Wir lehnen diese Pläne summa summarum strikt ab. Ich bitte um Zustimmung für unseren Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Seidenath für die CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzierung unserer gesetzlichen Krankenversicherung und auch der sozialen Pflegeversicherung ist ein Thema, das immer drängender wird. Aktuell ist es aber leider wenig im Bewusstsein.

Wir haben hier ein Spannungsfeld: Einerseits geht es um die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge und damit darum, wie teuer Arbeit in unserem Land ist. Also geht es auch um Arbeitsplätze und darum, wie deren Verlagerung in Länder mit niedrigen Löhnen verhindert werden kann. Damit geht es einerseits auch um die Attraktivität des Standortes Deutschland.

Andererseits geht es um die Leistungsfähigkeit der Kranken- und Pflegekassen und damit um die Versorgung der Menschen. Aktuell sehen wir, dass die Krankenkassen keine Spielräume mehr haben. Sie sind sprichwörtlich die nackten Männer, denen man nicht mehr in die Tasche greifen kann. Ganz deutlich ist das bei einem Fachgespräch am letzten Dienstag, vorgestern, bei uns im Ausschuss für Gesundheit und Pflege geworden, bei dem die AOK, der Verband der Ersatzkassen und der BKK Landesverband Bayern vertreten waren. Dabei ist deutlich geworden: Die GKV, die gesetzliche Krankenversicherung, ist unterfinanziert. Nächstes Jahr, 2024, fehlen der GKV nach Schätzungen zwischen 4 und 7 Milliarden Euro. Die pessimistischen Annahmen gehen sogar davon aus, dass ein Defizit von 10,4 Milliarden Euro auflaufen könnte, das ausgeglichen werden muss. So viel sage ich zum richtigen und wichtigen Anlass dieses Antrags.

Das, was die AfD daraus macht, ist aber nur noch als wirr, als sachlich falsch und größtenteils sogar als unsinnig zu bezeichnen. Da hat jemand was geschrieben, der weder von den Zusammenhängen unseres Gesundheitswesens noch von der Gesundheitspolitik Ahnung hat. Das tut mir leid. Der Dringlichkeitsantrag der AfD nennt nur zwei Lösungsansätze und lehnt beide ab, mehr nicht. Das sind die Zusatzbeiträge und die 800 Euro Eigenbeteiligung. Ich habe wahrlich keinen Grund, den Bundesgesundheitsminister in Schutz zu nehmen; aber den Vorschlag der 800 Euro Eigenbeteiligung des Wissenschaftlers Raffelhäuschen hat er sich, soweit ich das sehe, nicht zu eigen gemacht. Ich sehe in der Politik überhaupt niemanden, der dies fordern würde. Das passt aber ins Muster der AfD, Menschen mit Unwahrheiten zu verunsichern.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Dazu kommen erschreckende Wissenslücken, ja die komplette Unkenntnis der Zusammenhänge, die sich gerade in der Begründung Ihres Antrags offenbart. Auch das ist typisch AfD. Sie liefern vermeintlich einfache Erklärungen, die aber komplett falsch sind. Diese haben mit der Realität nichts, aber auch gar nichts zu tun und sind schon gar nicht praxistauglich. Sie kennen den Unterschied zwischen Politik und Selbstver-

waltung nicht. Sie differenzieren nicht zwischen Steuergeldern und Beitragsgeldern. Sie behaupten, dass die Krankenkassenbeiträge an die Kassenärztlichen Vereinigungen gezahlt werden. So viel Unsinn auf einem Blatt Papier habe ich selten gelesen. Dem können wir nicht zustimmen. Ihren Antrag lehnen wir ab.

Dabei gäbe es zu diesem Antrag und zu diesem Thema wirklich etwas zu sagen. Es ist nämlich ein enorm wichtiges Thema, das in Berlin verschleppt wird. Die AfD unterbreitet in ihrem Antrag keinerlei konstruktive Vorschläge, wie das immense Problem der nachhaltigen Finanzierung der GKV gelöst werden kann. Wenn Sie am Dienstag im Ausschuss zugehört hätten, als Frau Dr. Stippler, Herr Hackenberg und Herr Dr. Langejürgen anwesend waren, wüssten Sie, was wir brauchen. Wir brauchen einen höheren Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung aus Steuermitteln! Insbesondere müssen seitens des Bundes die Krankenkassenbeiträge für die Bürgergeldbezieherinnen und -bezieher ausgeglichen werden; denn Beiträge für die Bürgergeldbezieher zu übernehmen, hat mit der eigentlichen Aufgabe der Krankenversicherung nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Dies würde rund 10 zusätzliche Milliarden Euro jährlich für die Krankenkassen ausmachen. Das ist im Koalitionsvertrag auf Bundesebene sogar vorgesehen, kommt aber nicht. Die Ampel handelt nicht! Dasselbe gilt für die Dynamisierung des Beitragszuschusses für die GKV und die soziale Pflegeversicherung. Diese Beitragszuschussdynamisierung ist ebenfalls nötig und im Koalitionsvertrag vorgesehen, kommt aber auch nicht. Wichtig wäre zudem eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel. Dies würde weitere 6 bis 7 Milliarden Euro pro Jahr ausmachen, die dann der GKV zufließen würden.

Das sind drei klare Forderungen an den Bund, um die Kassenfinanzen stabil zu halten und damit wieder Spielraum für eine gute Versorgung der Menschen zu haben, gerade

für die ambulante Pflege oder die geriatrische Rehabilitation, die beide unterfinanziert sind, um nur zwei plastische Beispiele zu nennen.

Deshalb: Die Kassen brauchen mehr Geld vom Bund für eine gute Versorgung der Menschen. Den erschreckend schwachen AfD-Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Seidenath. – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Andreas Winhart. Bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Herr Kollege Seidenath, der Wahlkampf nimmt anscheinend Fahrt auf. Deshalb hake ich Ihre abwertenden Bemerkungen ein bisschen ab. Ich stelle Ihnen zwei Fragen: Wenn Sie so viele Konzepte haben, wieso sieht man davon nichts? Warum stellen Sie hier keine Anträge? Warum gibt es keinen nachgezogenen Dringlichkeitsantrag? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage lautet: Wenn Sie uns Recht geben, dass diese Problematik akut ist, frage ich Sie bewusst, ob es für Sie in Ordnung ist, wenn die Beiträge in Bayern prozentual wieder so steigen wie im gesamten Bundesgebiet. Wir haben Inflation, einen nominalen Anstieg der Geldentwertung und einen weiteren prozentualen Anteil der Gehälter, den die Menschen ins System einzahlen müssen. Gleichzeitig erhalten sie aus Berlin deutlich weniger Leistungen. Wir wissen, was uns mit dieser Krankenhausreform droht. Halten Sie das noch für fair, oder sollten wir uns in Bayern hier nicht allmählich auf die Hinterbeine stellen?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Winhart, ich weiß nicht, wo Sie am Dienstag waren. Ich habe Sie ja gesehen. Ich weiß nicht, war das Ihr Double?

(Andreas Winhart (AfD): Ich war da!)

– Na also, dann haben Sie doch die Probleme gehört und sehr genau gehört, was die Vertreter der gesetzlichen Krankenversicherung gesagt haben und was wir bzw. ich persönlich dazu gesagt habe. Das kann Ihnen gar nicht entgangen sein. Wir sprechen darüber, wir machen es deutlich. Der Gesundheitsminister Klaus Holetschek gibt alle naselang Pressemitteilungen heraus. Er stellt sich in Berlin hin, neulich erst beim Hauptstadtkongress, und sagt das deutlich. Sie haben hier meine Rede gehört. Ich weiß nicht, wo man sich noch informieren könnte. Entschuldigung, ich glaube, ich habe dazu alles gesagt, und die Botschaften, die wir hier haben, sind klar.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Christina Haubrich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Haubrich.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Gesundheitssystem ist überlastet, und in den Kassen der gesetzlichen Krankenkassen klafft ein riesiges Loch. Die Herausforderung einer nachhaltigen Finanzierung der Krankenversicherung ist ohne Frage vorhanden. Wir brauchen Lösungen, die auf Solidarität im System basieren; denn vielen Menschen können wir in naher Zukunft kaum höhere Beiträge zumuten. Die gesetzliche Krankenversicherung benötigt höhere Einnahmen. Das ist Fakt. Gleichzeitig brauchen viele Beitragszahlende eher eine Entlastung. Eine Möglichkeit ist, dass der Staat die Einnahmenseite der gesetzlichen Krankenversicherung verbessert, damit am Ende nicht die Beitragszahlenden alle Löcher stopfen müssen. Aber das allein wird nicht ausreichen.

Deshalb brauchen wir konstruktive und sinnvolle Ideen, um dieses Problem zu lösen. Im Antrag der AfD finde ich dazu leider nichts. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Frau Susann Enders von der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist schon auf dem Weg. Bitte schön.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident! Minister Lauterbach zu kritisieren ist in vielen Punkten dringend nötig. Das habe ich aktuell und auch in der Vergangenheit oft genug tun müssen. Der Antrag der AfD-Fraktion greift hier jedoch vollkommen zu kurz und bietet auch keinerlei Lösungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, lediglich zwei Aspekte werden aus dem Reformvorhaben herausgegriffen. Es wird aber nicht darauf eingegangen, dass es zum Beispiel an der dringend notwendigen Strukturreform mit dem Fokus auf die regionalen Voraussetzungen in Bayern an sich mangelt.

Der Antrag ist überflüssig, vor allem da sich die Bayerische Staatsregierung in den vergangenen Wochen und Monaten bereits sehr klar und deutlich sowie unmissverständlich gegen genau diese Beitragserhöhungen positioniert hat. Der Freistaat fordert seit geraumer Zeit mit Nachdruck, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und durch deutlich höhere Bundeszuschüsse zu versicherungsfremden Leistungen gegensteuern muss. Ein riesiges Problem ist dabei auch die Unterfinanzierung der Leistungsausgaben von Bürgergeldempfängern, wie es auch Herr Kollege Seidenath schon gesagt hat. Diese belaufen sich inzwischen auf mindestens 10 Milliarden Euro jährlich. Bayern will nachdrücklich erreichen, dass die im Bundeskoalitionsvertrag 2021 bis 2025 getroffenen Vereinbarungen zu einer Dynamisierung des Bundeszuschusses und einer Erhöhung der Beiträge des Bundes für Bürgergeldbezieher schnellstmöglich umgesetzt werden.

Ich bitte um Ablehnung des Antrags; denn alles, was hier gefordert wurde, wird bereits von der Bayerischen Staatsregierung in Richtung Berlin gefordert. Das ist der Unterschied zum vorhergehenden Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Ruth Waldmann, SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Schon wieder versucht die AfD, hier eine Erzählung aufzubauen, nämlich dass die Politik den Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen und zum Fenster hinauswerfen würde. Das ist natürlich Unsinn. Sie beziehen sich auf eine Aussage von Prof. Raffelhäuschen, der keineswegs Mitglied der Bundesregierung ist, sondern Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die eher eine Lobbyorganisation der Arbeitgeberverbände ist. Das hat mit dem Regierungshandeln nichts zu tun! Herr Kollege Seidenath hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass sich das im politischen Berlin von den vernünftigen Leuten der Bundesregierung und auch der Opposition kein einziger Mensch zu eigen gemacht hat.

Im Gesundheitsausschuss hatten wir am Dienstag die Krankenkassen zu Gast. Die AfD hat sich an der fachlichen Diskussion aber leider nicht groß beteiligt. Fakt ist, die gesetzliche Krankenversicherung erwartet für das kommende Jahr ein Milliardendefizit. Wenn wir jetzt keine Leistungskürzungen wollen, Sie aber gleichzeitig gegen höhere Beiträge und Steuererhöhungen sind, müssen Sie auch sagen, woher das Geld kommen soll. Sie wollten letzte Woche genau wie CSU und FREIE WÄHLER den Apotheken zusätzliche 2,2 Milliarden Euro zugestehen, ohne auch hier dazuzusagen, woher die Summe kommen soll.

Stattdessen hat aber Gott sei Dank das GKV-Stabilisierungsgesetz gegriffen. Der zusätzliche Beitrag muss weniger stark steigen als erwartet. Worüber sprechen wir eigentlich? – Voraussichtlich wird es bei einem Arbeitnehmer mit einem Einkommen von circa 4.000 Euro um eine Mehrbelastung von 4 bis 6 Euro im Monat gehen. Das ist nicht schön, aber wer das ablehnt, muss auch Vorschläge unterbreiten, wie es sonst funktionieren soll. Diese Rechnung geht jedenfalls nicht auf.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Waldmann. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Frau Enders, Herr Seidenath, Sie haben beide einmütig gesagt, der Bund muss handeln; 10 Milliarden müssen letztendlich aus den Bundeskassen für die Bürgergeldbezieher genommen werden. Das macht die Ampel vielleicht, aber die CDU/CSU auf Bundesebene hat es über Jahre hinweg nicht gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt, nur auf die Ampel zu schießen, ist der falsche Ansatz. Unabhängig davon ist es aus meiner Sicht höchst überfällig und sollte auch kommen.

Herr Winhart, ich habe mir Ihren Antrag auch mal genauer angeschaut. Da sind ja so viele Fehler drin; das ist schon sehr spannend. Ich bitte Sie einfach, lesen Sie Ihren Antrag im Nachgang noch mal durch. Das Einzige, was uns zumindest andeutungsweise eint, ist, dass ich die Zusatzbeiträge ab 2024 auch für diskussionswürdig erachte, gerade vor dem Hintergrund, dass wir in Deutschland sowieso schon eine sehr große Abgabenlast haben.

Aber Ihre Panikmache hilft an dieser Stelle nicht weiter, sondern verunsichert nur. Aus meiner Sicht ist genügend Geld im System. Aber es gibt einen riesigen Reformbedarf, und es gibt riesige und vor allem viele Baustellen. Wir brauchen zukunftsfähige Reformen. Das garantiert dann letztendlich auch Beitragsstabilität. Viele Vorschläge liegen vor. Unter anderem war ein Vorschlag diese Eigenbeteiligung von 800 Euro. Aber es war und ist halt nur ein Vorschlag eines Wirtschaftswissenschaftlers, nicht mehr und nicht weniger.

Ich vermisste Ihre konstruktiven Vorschläge. Da finde ich in Ihrem Antrag keine. Von Ihnen kommen immer nur Rufe nach mehr Geld und mehr Leistung. Wir brauchen aber ein fortschrittliches, qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem mit der besten

Versorgung für alle Menschen. Panikmache und Stillstand machen nichts besser für die Menschen in unserem Land. Ich frage mich beim Lesen Ihres Antrags, warum Sie nach viereinhalb Jahren im Landtag und vor allem im Gesundheitsausschuss immer noch nicht wissen, wohin die Beitragszahler ihre Gelder überweisen. Wie gesagt, lesen Sie Ihren Antrag einfach noch mal genau durch; dann kommen Sie vielleicht auch auf diesen Fehler.

Die Fake News, die dann zusätzlich noch in Ihrem Antrag enthalten sind, indem Sie behaupten, dass durch Impfschäden die Ausgaben pro Versichertem im letzten Jahr stark gestiegen sind, halte ich für an den Haaren herbeigezogen. Ihre Argumentation und Ihre Sichtweise sind schlichtweg falsch und unbegründet. Deswegen ist Ihr Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Dr. Spitzer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/29508 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind alle übrigen Fraktionen einschließlich der fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk und Swoboda. Zur Sicherheit: Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.